



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 898 890

E/XIV/244 - 27. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Aussichten des Lückeplanes Von Dr. Julius Brecht, MdB	89
3 - 4	Algerien-Problem auch an der Saar Soziale Aufgaben für Industrie und Behörden	72
5	Siegt 'mal so weiter! Von Franz Barsig	43
6	Monsieur Elun denunziert Unqualifizierte Verdächtigungen von SPD-Journalisten	46
7	"Denk ich an Deutschland in der Nacht" Zur zweiten Auflage eines aufrüttelnden Bildbandes	40

\* \* \*  
\* \* \*

### Die Aussichten des Lückeplanes

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Erst während der Parlamentsferien hat die Bundesregierung den sogenannten Lückeplan, genauer, ihren Gesetzentwurf über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht, dem Bundestag zugeleitet. Der Bundesrat hatte schon vorher 107 Änderungen und Ergänzungen vorgeschlagen. Die Bundesregierung lehnte alle grundsätzlichen Änderungsvorschläge des Bundesrates entschieden ab. Nach dem amtlichen Text des Entwurfes sollte das Gesetz bereits zum 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten, denn der erste Termin in dem Stufenplan war auf den 1. Oktober 1959 abgestellt. Von da an sollten die möglichen Mieterhöhungen bis zu 38 Prozent und die Aufhebung der behördlichen Wohnraumbewirtschaftung beginnen. Inzwischen ist dieser 1. Oktober ereignislos vorübergegangen. Bisher ist der Gesetzentwurf noch nicht einmal für die erste Lesung auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Die Hinausschiebung der Beratungen, die vorher so überaus dringlich und eilig gemacht wurden, ist auffällig. Die SPD-Fraktion hat keinen Anlaß, auf eine Beschleunigung gerade dieses Gesetzentwurfes in der gegenwärtigen Situation zu drängen.

#### Lebhafte öffentliche Diskussion

Die Zwischenzeit ist zunächst im vorparlamentarischen Rahmen eifrig benutzt worden, um von Standpunkt einzelner Organisationen aus Stellungnahmen abzugeben und um die spätere Gesetzberatung zu beeinflussen. Der Mieterbund hat sich in zahlreichen Kundgebungen sehr scharf gegen die Grundsatzregelungen und viele Einzelheiten zur Wehr gesetzt, der Zentralverband der Hausbesitzer stimmte zu und bedauerte nur die Verzögerung, das Volksheimstättenwerk, in dessen Vorstand Herr Lücke selbst maßgebend ist, stimmte selbstredend vorbehaltlos zu, der Deutsche Verband für Wohnungswesen gab dagegen sehr beachtliche Hinweise und wich in einigen Grundsatzfragen entschieden von dem Entwurf ab.

Die öffentliche Diskussion um den Lückeplan war und ist lebhaft. Seit langer Zeit ist das Interesse an der Wohnungspolitik nicht mehr so groß und so leidenschaftlich gewesen. Hier ist ein Thema, das in seiner praktischen Gegensätzlichkeit und in seiner gesellschaftsordnenden Bedeutung jeden betrifft und alle irgendwie angeht. Das Thema wird deshalb auch bis in die Wahlzeit hinein in der politischen Diskussion bleiben, schon weil die Pläne und Absichten bis dahin sicherlich noch oft und erheblich geändert werden. Die neue Lückereden in Hamburg bestätigt dies.

#### Unsicherer Wohnungsbauminister

Neuerdings sind auch schon vor der ersten Beratung im Bundestag Stellungnahmen aus den Parteien und von einzelnen politischen Persönlichkeiten herausgekommen. Beachtlich war dabei diejenige des CDU-MdB Mick, die inzwischen in einem sehr aufschlußreichen Artikel in Heft 10

der "Sozialen Ordnung" konkretisiert worden ist. Mick tritt entgegen der Regierungsvorlage dafür ein, daß die Wohnraumbewirtschaftung nach der Situation in den einzelnen Gemeinden und in einem zeitlichen Zusammenhang mit der Mietenfreigabe aufgehoben wird, daß aber kein einheitlicher Schlußtermin gesetzt werden kann. Mick bringt eine Reihe weiterer Einwände und Bedenken, auf die im Verlauf der Beratungen bestimmt zurückzukommen ist. Diese sehr kritische Stellungnahme, die auch noch durch verschiedene Bedenken von anderer Seite verstärkt wurde, hat den Wohnungsbauminister beunruhigt und unsicher gemacht. Er hat deshalb schnell eine gesprächsweise und flüchtig eingeholte Stellungnahme des Bundeskanzlers in einer amtlichen Pressemitteilung und im Regierungsbulletin entgegengestellt. Auch Dr. Hasberg als Vorsitzender des zuständigen Bundestagsausschusses wurde im Deutschland-Union-Dienst zu einer den Minister und die Bundesregierung stützenden Erklärung bemüht.

Trotzdem geht das Geraune und die Zweifel, was mit dem Gesetzentwurf denn werden soll, unentwegt auch in den Reihen der Regierungsparteien weiter.

#### Verfehlter Beruhigungsversuch

Der Wohnungsbauminister hat in der Hamburger Rede bereits Konzessionen an seine Kritiker eingeräumt, jedoch nicht im Grundsätzlichen, sondern nur im zeitlichen Ablauf. Damit werden die zahlreichen sonstigen Einwände nicht ausgeräumt. Dieser Beruhigungsversuch zieht nicht.

Inzwischen sind zu alledem auch noch neue Sachverhalte eingetreten, wie die außerordentliche Verschlechterung des Kapitalmarktes für die Wohnungsbaufinanzierung und die erhebliche Verteuerung der neuen Hypotheken. Wenn auch die von der offiziellen Wirtschaftspolitik und der Bundesnotenbank gewollte Drosselung des Wohnungsbaues praktisch erst Mitte 1960 und namentlich voll im Jahre 1961 wirksam wird, so kann die Beratung des Lückeplanes daran nicht vorbeigehen. Das wird sich ebenso im Jahre der Bundestagswahlen auswirken, wie auch die Maßnahmen des Lückegesetzes selbst frühestens Anfang 1961 praktiziert werden können. Die Kompliziertheit des Gesetzesplanes, sein kaum zu überbietendes Volumen, die Schwierigkeit der Materie und die Arbeitslage in den zuständigen Parlamentsausschüssen machen es einfach technisch unmöglich, die Beratung so zu forcieren, daß das Gesetz in angemessenem wirkungsneutralen Abstand von den Bundestagswahlen in Kraft treten kann. Es ist also völlig unreal und abwegig, wenn der Wohnungsbauminister erneut in Hamburg angekündigt hat, das Gesetz werde bis Mitte 1960 verabschiedet.

Die SPD-Fraktion kann demgegenüber mit ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf bis zur ersten Lesung im Bundestag ruhig warten. Sie hat es nicht eilig. Sie hat in der Wortdiskussion, bevor der Gesetzentwurf offiziell vorgelegt wurde, auf einige für sie wesentliche Grundsätze deutlich aufmerksam gemacht. Sie sind im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt, obwohl sie auch in der fachlichen Beurteilung seitens des Bundesrates ebenfalls vertreten wurden. Nun muß abgewartet werden, was die Bundesregierung und die Regierungsparteien nach den dauernden Ankündigungen und Veränderungen und angesichts der neuen Sachlage bis zu den Bundestagswahlen überhaupt wollen.

### Algerien-Problem auch an der Saar

Das "Saar-Echo", Organ des DGB im Saargebiet, veröffentlichte vor kurzem einen interessanten Artikel über das Los der im Saarland lebender Algerier. Die gleichen Probleme stehen zur Zeit auch in anderen Bundesländern zur Debatte. D. Red.

Mehr als 300 Algerier stehen im Berufs- und Arbeitsleben an der Saar. Überwiegend im Baufach - meist als Hilfsarbeiter - beschäftigt, erweisen sie sich als fleissig und strebsam. Fern von ihrem Familien im fremden Land, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen, bemühen sie sich, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Nur wenige von ihnen kollidieren mit unseren Gesetzen. Von ihnen liest man in der Zeitung, nicht aber von der überwiegenden Mehrheit jener, denen keine Arbeit zu schwer oder zu schmutzig ist. Über ein Drittel dieser Algerier ist gewerkschaftlich organisiert. Meist gehören sie der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, aber auch der IG Metall und anderen DGB-Gewerkschaften an. Sie haben ihre Vertrauensleute, werden wie ihre saarländischen Kollegen behandelt, verdienen die gleichen Tariflöhne und erhalten Rechtsschutz gegenüber Arbeitgebern, die sie auszunutzen versuchen. Das Vertrauen in ihre Gewerkschaft ist unter den obwaltenden Umständen unbegrenzt. Diese wiederum versucht nach Kräften, diesen Vertrauensbeweis zu rechtfertigen. Sie werden darin vom Deutschen Gewerkschaftsbund in hohem Maße unterstützt.

Dass dennoch schwerwiegende Fragen offen bleiben, liegt im Problem der Fremdarbeiter, hat seine Ursache oft auch im Algerienproblem selbst. Da sind die Schwierigkeiten der Aufenthaltserlaubnis. Vielfach haben die Algerier nicht die erforderlichen Ausweispapiere. Ohne Reisepass konnten sie von ihrem Mutterland nach Frankreich reisen und kamen von dort ins Saarland, wo sie sich Arbeit suchten. Die befristet gewährte Aufenthaltserlaubnis lief ab, ohne dass die angeforderten Papiere in ihrer Heimat oder in Frankreich ausgestellt wurden. Um Arbeit zu finden, bedarf man aber der Genehmigung, im Lande bleiben zu dürfen. Politische Flüchtlinge erhalten schon gar nicht die erforderlichen Ausweise. Das Asylrecht aber kann nicht ohne Nachweis gewährt werden.

Oft müssen die Algerier berufsfremde Arbeit suchen, um leben zu können. Als angelernte Arbeiter wiederum könnten sie mehr leisten und mehr verdienen. Dann stellt sich das Problem der Unterkunft. Soweit die Arbeitgeber Unterkünfte zur Verfügung stellen, lassen sie sich dies

teuer bezahlen. Vier, fünf Personen müssen in einem bescheidenen Raum leben und dafür noch hohe Mieten zahlen. Kirchensteuern werden zu Unrecht erhoben, denn die Algerier sind nahezu ausnahmslos Mohammedaner. Fürwahr ein weitgespannter Kreis von Fragen, die zu beantworten nicht leicht ist. Sein Unrechtsgehalt ist auch nicht immer leicht zu erkennen und zu bereinigen.

Die Situation der Algerier an der Saar zwingt zu unverzüglichem Handeln. Vordringlich ist die Beschaffung geeigneter Unterkünfte für die Herbst- und Wintermonate. Eine Intervention beim Arbeitsministerium ist daher nur verständlich. Auch im Interesse der Saarbevölkerung liegt es, die klimatisch anfälligen Algerier vor Krankheiten zu bewahren. Wir wissen leider, dass in den vergangenen Wintern Algerier an Tuberkulose erkrankten, weil sie in mangelhaften Quartieren untergebracht waren. Auch das Aufenthaltsproblem müsste durch das Innenministerium im Rahmen der bestehenden Gesetze grosszügig gelöst werden.

Nach Möglichkeit sollten die Algerier eine sie befriedigende Arbeit erhalten. Soweit sie aus Metallberufen kommen, müsste es in Zusammenarbeit mit den Werken möglich sein, diejenigen Algerier, die aus Metallbetrieben kommen, einzuschulen. Durch soziale Hilfsmassnahmen kann unverschuldete Not gelindert werden. Hier bietet sich auch ein Betätigungsfeld für die caritativen Verbände.

Die Öffentlichkeit sollte dem Algerienproblem an der Saar nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wenn es sich auch um eine relativ kleine Gruppe von Menschen handelt, so steht sie doch weitgehend unter dem Schicksal ihres Heimatlandes, in dem sich starke Kräfte regen, die das Selbstbestimmungsrecht fordern. Da die politischen Auseinandersetzungen über die unmittelbaren Landesgrenzen greifen, liegt es weitgehend an uns, die entwurzelten Algerier an der Saar zu befrieden und ihnen durch unser Verhalten ein gutes Bild unseres sozialen Staates zu vermitteln. Soweit die an der Saar lebenden Algerier das Gastrecht beachten - und das ist bei der überwiegenden Mehrzahl der Fall -, sollten wir alles tun, ihnen ihr Los zu erleichtern. Davon dürfen auch jene nicht ausgenommen werden, die wegen ihrer politischen Überzeugung ihre Heimat verlassen mussten. Dieser Verpflichtung sollten wir uns in besonderem Masse im Weltflüchtlingsjahr bewusst sein.

Siegt 'mal so weiter !

Von Franz Barsig

Es ist nicht oft der Fall, aber manchmal kann selbst die Gouvernante unter den Bonner Presseerzeugnissen, der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU, die Menschen zum Lächeln bringen. Vor allem dann, wenn die CDU bei einer Wahl wieder einmal "gesiegt" hat.

Die schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen sind in ihren Ergebnissen eindeutig. Die CDU hat gegenüber der letzten Landtagswahl rund 80 000 Stimmen verloren, ihr Prozentsatz sank von 44,4 auf 39,9. Die SPD hingegen, die noch bei der Bundestagswahl mit 30,9 Prozent "im Turm sass", schon bei der Landtagswahl 1958 jedoch 35,9 Prozent erreichen konnte, zog jetzt auf 36,8 Prozent an und die Zahl ihrer Kommunalmandate stieg von 275 auf 309.

Soweit das Ergebnis; dann liest man den Deutschland-Union-Dienst, man reibt sich die Augen und stellt fest, dass man in einem "holden Wahn" gelebt hat. Einwandfrei wird nachgewiesen, dass diese Wahlen von der CDU gewonnen worden sind, basta!

Aber dann vergleicht man noch einmal die Zahlen, und wenn man sich gründlicher hineinkniet, dann stellt man noch einiges mehr fest. Beispielsweise dass die CDU in der Landeshauptstadt Kiel von der Bundestagswahl zur Landtagswahl über 6 000 Stimmen verlor und jetzt wiederum um 12 000 Stimmen zurückging, während die SPD im gleichen Zeitraum über 9 000 Stimmen gewonnen hat. Nicht anders sieht es in Lübeck aus. Hier verlor die CDU innerhalb von zwei Jahren und drei Wahlen rund 18 000 Stimmen, während die SPD über 6 000 Stimmen gewinnen konnte. Der Verlust in Neumünster schlägt für die CDU mit 9 000 zu Buche, während die SPD 2 000 gewinnen konnte und in dieser Stadt heute die CDU um rund 7 000 Stimmen überflügelt hat.

Dieses Bild gilt nicht nur etwa für die grösseren Industriestädte des Landes. In Lauenburg beispielsweise ging die CDU innerhalb von zwei Jahren um 9 000 Stimmen zurück, die SPD gewann 2 000. Der Verlust in Husum beträgt 2 000 Stimmen, der Gewinn der SPD 1 000 Stimmen. Selbst in Flensburg, wo Herr Rasner residiert, musste die CDU einen Stimmenverlust von rund 4 000 hinnehmen.

Und wie steht es auf dem Lande? Verlust in Oldenburg innerhalb von zwei Jahren 4 000 Stimmen, Gewinn der SPD 1 000 Stimmen. Verlust in Finneberg rund 15 000 Stimmen, SPD-Gewinn 4 000 Stimmen, Verlust in Stormarn 8 000 Stimmen, SPD-Gewinn 1 000 Stimmen.

Wenn es der Deutschland-Union-Dienst wünscht, dann ist es durchaus möglich, diese Serie fortzusetzen. Aber was macht das alles, der Deutschland-Union-Dienst hat beschlossen, bei diesen Wahlen zu siegen, und so weist er es auch nach. Ob es ihm jemand glaubt, steht auf einem anderen Blatt. Bleibt zum Schluss nur der Wunsch der SPD mit einem abgewandelten Wort von Altbundespräsident Heuss, zu sagen: Siegt 'mal so weiter!

Monsieur Blun denunziert

sp - Der Bonner Korrespondent der christlich-demokratischen Zeitung "La Libre Belgique" (Brüssel), Monsieur Georges Blun, hat sich in einem Kommentar mit Besorgnissen und Beunruhigungen des Bundeskanzlers beschäftigt. Diese Sorge und diese Unruhe Adenauers liegen nun nicht etwa, wie sich aus dem Gang der aussenpolitischen Entwicklung zwanglos ergäbe, auf diesem aussenpolitischen Gebiet, wo sich für den Bundeskanzler zweifellos eine ganze Reihe von Vorgängen verzeichnen lässt, die seiner Sorge und Unruhe wert wären.

Nein, Monsieur Georges Blun begibt sich auf ein ganz anderes Gebiet, nämlich auf ein von ihm behauptetes "deutlich sichtbares Zusammenspiel" zwischen "den (ausländischen) kommunistischen Journalisten, die in Bonn akkreditiert sind, und den Parlamentsberichterstattem der deutschen Journalisten." Um keinen Zweifel entstehen zu lassen, konkretisiert Monsieur Blun diesen Letzten Begriff mit den Worten: "Die Letzteren (die deutschen sozialistischen Parlamentskorrespondenten)", die, so behauptet Monsieur Blun weiter "systematisch die Aktionen der Ersteren (der ausländischen kommunistischen Journalisten) bei allen Pressekonferenzen unterstützen, und zwar nicht nur bei der Erörterung internationaler Fragen, sondern ebenso auch bei innenpolitischen Themen. Es ist leicht zu erkennen, dass es sich hier um eine ernste Frage handelt".

Wir geben Monsieur Blun recht: Es handelt sich hier um eine sogar sehr ernste Frage, denn er, Monsieur Blun, unternimmt in seinem Kommentar in "La Libre Belgique" nichts anderes, als die deutschen sozialdemokratischen Journalisten in Bonn offen und öffentlich des "Zusammenspiels" mit Kommunisten zu beschuldigen. Monsieur Blun unternimmt also etwas, was man mit einem ebenso harten wie deutlichen Fremdwort als pauschale Denunziation bezeichnet. Monsieur Blun scheut sich nicht, die Ehre und den Ruf von deutschen Journalisten zu attackieren, die er in den allermeisten Fällen persönlich gar nicht kennt und für deren "Zusammenspiel" mit Kommunisten deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit er auch nicht die Spur eines Beweises erbringen und vorlegen kann, was er in seinem Kommentar übrigens auch gar nicht erst versucht.

Monsieur Blun bildet sich ein, er könne von Bonn über Brüssel auf die deutschen sozialdemokratischen Journalisten Gift ausspritzen, ohne dass ihm jemand auf die Finger klopfen würde. Monsieur Georges Blun irrt sich: Wir scheuen uns nicht, ihn in aller Offenheit und Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass sein Verhalten unter zivilisierten Menschen mit dem Begriff Ehrabschneidung gekennzeichnet wird. Und das ist, um Monsieur Blun noch einmal zu zitieren, zweifellos eine ernste Frage, auf die zu antworten weniger seine Sache ist. Die Antwort erwarten die deutschen SPD-Journalisten in Bonn und in der Bundesrepublik vom Verein der Auslandspresse, dem Monsieur Blun als Mitglied angehört, und von der Brüsseler Zeitung "La Libre Belgique", die Monsieur Blun als Korrespondent in Bonn vertritt.

"Denk ich an Deutschland in der Nacht"

K.G. Der Münchener Verlag Kurt Desch legte den zweiten Bildband "Denk ich an Deutschland" von Michael Mansfeld vor. Man erinnert sich noch recht gut des Echos, das der erste Band 1956 ausgelöst hat und wie man sich in offiziellen und offiziellen Kreisen besorgt vernehmen ließ. Besorgt, weil da jemand so mutig und kompromißlos ein optisches Panorama von Versagen und Schuld und neuem Versagen und neuer Schuld ausbreitete und mit gefährlicher Meisterschaft gegen die Bonner Staatsthese zu Felde zog, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht sei.

Darin steht der neue Band der damaligen in nichts nach und es ist müßig, ihn nur mit literaturkritischen Maßstäben zu messen. Dann, daß an einigen Stellen die innere Systematik unterbrochen ist oder an anderen die Assoziationen sich nicht zwingend entzündend, ist für den gesellschaftspolitischen Vorwurf ziemlich unerheblich.

Bei der Verknüpfung politischer Phänomene von vorgestern und denen von gestern und heute spürte Mansfeld ein inneres Gesetz der tragischen Paradoxien auf, eine Art Parallelogramm des Irrsinns. Wenn es auch Wahnsinn ist, so hat es doch Methode - hieße das sarkastische Fazit des Buches und man kann sich schlecht vorstellen, daß jemand es ohne große Erschütterung durchblättert.

Aber die Phantasie ist ja bekanntlich ziemlich phantasielos und deshalb kann man die Reaktion jener, für die dieses makabre Bild speziell auf die Schallmauern des bundesdeutschen Gewissens projiziert wurde, schon voraussehen. Sie sind in die Geschäftelhuberei ihres Alltags so engagiert, daß sie allzuleicht die Signale und Zeichen übersehen, die sich für ein scharf registrierendes Bewußtsein und einen wachen Geist leicht zum Menetekel zusammensetzen lassen.

Die Korruption hat das Schrittmaß einer Springprozession - zwei Schritte vor und einen zurück und von Kompromiß zu Kompromiß ist Raum für das Schicksal. Die Selbsttäuschung fungiert dabei als Wegelagerer. Man beschwichtigt sich und andere und nimmt heute das in Kauf und morgen jenes und stellt nach vielen kleinen Schritten eines Tages fest, daß man sich verlaufen hat und vom rechten Weg abgekommen ist. Dieser Prozeß verteilt sich über einen größeren Zeitraum und erlaubt deshalb nur eine Orientierung von Fall zu Fall. Der Blick zurück bis zu den Startlöchern ist manchen dann vielleicht noch peinlich, den meisten fehlt dazu inzwischen das Visier und die Distanz. Sie hüpfen von Taktik zur Gelegenheit, die bekanntlich Opportunisten macht. Umkehr und Selbstprüfung sind offenbar nur Kriterien der Literatur und nicht der Politik: Der Mansfeld? Auch so ein Antikonformist. Na und? - wer ist schon um den Schlaf gebracht?

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel